



POLITIK / KOMMENTAR

Bundeswehr - neokoloniale Afrikapräsenz ...

(SB) - Wer sich der Schätze des Schwarzen Kontinents bemächtigen will, muß neben Pulver, Blei und Glasperlen auch die weißhäutige Selbstevidenz menschheitsgeschichtlichen Entwicklungsvorsprungs und Führungsanspruchs im Marschgepäck haben. Daran hat sich seit Kolonialzeiten im Prinzip nichts geändert, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, daß diese fließend in aggressiv imperialistische Expansion überführt worden sind und so gesehen nie geendet haben. Allerdings ist die Gemengelage der afrikanischen Raubzüge weitaus verworrener geworden, wie auch die verheerenden Folgen der Klimakatastrophe und ... (S. 3)

Liste der neuesten und
tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...
[http://www.schattenblick.de/
infopool/infopool.html](http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html)

Washington - Unruhen provoziert und befördert ...

(SB) 3. Juni 2020 - "Der Ku Klux Klan kommt in die amerikanische Flagge gehüllt, sozusagen die amerikanischen Prinzipien predigend mit einer Bibel in der Hand ..." Diese Worte stammen zwar aus dem Jahr 1923, ausgesprochen von Lonnie Jackson, damals Bürgermeister von Central City in Kentucky und Vorsitzender des 23. Bezirks der United Mine Workers of America, aber sie passen perfekt zu der beschämenden Episode, die sich am Abend des 1. Juni 2020 in der US-Hauptstadt Washington zugetragen hat. Präsident Donald Trump ließ friedliche Demonstranten, die im Lafayette Park gegen rassistisch-motivierte Übergriffe der Polizei und die Ermordung des Afroamerikaners George Floyd eine Woche zuvor in Minneapolis protestierten, von bewaffneten Polizisten sowie Soldaten der regulären Streitkräfte gewaltsam vertreiben, um einen kurzen Spaziergang durch die Grünanlage zur anglikanischen Kirche Saint John's machen zu können und sich vor dem wegen der jüngsten Unruhen verbarrikadierten Gotteshaus mit hochgehaltener Bibel in der Hand fotografieren zu lassen.

Auf den Auftritt des Republikaners Trump haben der Pastor der St.-John's-Gemeinde und die Erz-

bischofin von Washington, die beide vorab weder informiert noch gefragt worden waren, wie auch der Primus der Episkopal-kirche der USA entsetzt reagiert und den Mißbrauch des heiligsten jüdö-christlichen Symbols, der Bibel, zu politischen Zwecken heftig kritisiert. Demokraten und gemäßigte Republikaner sahen im Knüppel- und Tränengaseinsatz gegen die Teilnehmer der Protestkundgebung einen Frontalangriff auf das in der US-Verfassung verbriefte Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Auch wegen des Einsatzes der regulären Streitkräfte im Innern stehen Justizminister William Barr und Verteidigungsminister Mark Esper in der Kritik.

Barr soll den Einsatz gesetzlich ermöglicht haben, indem er die für das Weiße Haus geltenden Sicherheitsbestimmungen kurzfristig auf den Lafayette Park und die unmittelbar nördlich daran angrenzende St. John's ausgeweitet hat. Barr und Esper begleiteten zusammen mit Trump-Tochter Ivanka, Schwiegersohn Jared Kushner und Pressesprecherin Kayleigh McEnany den Präsidenten beim kurzen Gang - drei Minuten hin und drei Minuten zurück. Mark Milley, der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, di-

rigierte im Tarnanzug die skurrile Operation persönlich vor Ort. Aus Protest gegen die Aktion trat James Miller, der von 2012 bis 2014 Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium war, als Mitglied des wissenschaftlichen Rats des Pentagons zurück und warf Esper in der Washington Post vor, bei einem eklatanten Verstoß gegen die US-Verfassung mitgewirkt zu haben. Miller warnte Esper vor der Gefahr, daß Trump in den kommenden Tagen den Befehl erteilen könnte, die US-Streitkräfte gegen die eigene Bevölkerung einzusetzen, und appellierte an den Pentagon-Chef, sich in einem solchen Szenario der illegalen Anweisung zu widersetzen.

Das alles kann Trump nicht kratzen. Der zwielichtige Immobilienhai, der im präsidentialen Wahlkampf 2016 gegen Hillary Clinton seine Anhängerschaft offen zu Handgreiflichkeiten gegen politische Gegner und kritische Journalisten aufrief, 2017 bei einer Rede in seiner Heimatstadt der New Yorker Polizei unter tobenem Gejohle Hunderter blau-uniformierter Beamten empfahl, bei der Festnahme von Verdächtigen nicht allzu zimperlich zu Werke zu gehen, und im selben Jahr eine gewalttätige Horde von KKK-Logenbrüdern und tätowierten Neonazis in Charlottesville, Virginia, nachdem einer von ihnen mit seinem Auto in eine Gruppe linker Gegendemonstranten gefahren war und eine junge Frau getötet hatte, als "gute Leute" bezeichnete, weiß ganz genau, was sein Fußvolk von ihm hören will.

Noch im April, auf dem ersten Höhepunkt der Corona-Virus-Epide-

mie in den USA, forderte Trump die braven Bürger in Michigan, Minnesota und Virginia, wo die demokratischen Gouverneure wegen der Lungenkrankheit Covid-19 strenge Ausgangsregeln verhängt hatten, per Twitter dazu auf, ihre jeweiligen Bundesstaaten "zu befreien" und ihren "zweiten Zusatz" - das verfassungsmäßige Recht auf Waffenbesitz - "zu retten". Prompt machten nicht nur in diesen Bundesstaaten Trumps weiße Bewunderer schwer bewaffnet mobil und besetzten zeitweise das Kongreßgebäude in Lansing, Michigan. Wegen der Gefahr einer gewaltsamen Auseinandersetzung sah sich die Gouverneurin von Michigan, Gretchen Whitmer, sogar dazu gezwungen, eine Sitzung des Kongresses abzusagen. Das Gewaltmonopol des Staates war durch Trumps Sturmabteilung ausgehebelt worden.

Von einigen Floskeln des Bedauerns und einem obligatorischen Telefonat mit George Floyds Familie - deren Angaben zufolge sie praktisch nicht zu Wort kam, da der Präsident immer nur auf sie einredete -, einmal abgesehen, hat Trump nichts unternommen, um die Gemüter von Millionen schockierter Bürger angesichts der Mordtat von Minneapolis, bei der der Polizist Derek Chauvin neun Minuten lang vor laufender Handy-Kamera einer Passantin mit dem Knie auf dem Hals seinem am Boden liegenden, um Gnade flehenden und um Luft ringenden Opfer das Leben ausquetschte, zu beruhigen. Das Gegenteil ist der Fall. Seit es bei den Protesten zu ersten Ausschreitungen und Plünderungen gekommen ist, befindet sich Trump rhetorisch auf dem Kriegspfad, beschimpft die "nicht-friedlichen"

Demonstranten als "Terroristen" und droht ihnen mit "beißenden Hunden", "ominösen Waffen" und der vollen Härte der US-Militärmaschinerie.

Dabei mehren sich die Hinweise, daß die Gewalttätigkeiten und der Vandalismus, die seit Tagen zu nächtlichen Ausgangssperren in mehr als zwei Dutzend US-Großstädten geführt haben, von Personen ausgehen, die lediglich als linke Antifa-Aktivisten getarnt sind. Das berüchtigtste Beispiel ist der sogenannte Umbrella Man, der am zweiten Tag der Proteste in Minneapolis schwarzgekleidet, mit Gasmaske und Hut sowie einem geöffneten schwarzen Regenschirm in der einen Hand und einem Fäustel in der anderen die großen Schaufenster der örtlichen Filiale der Kfz-Ersatzteilkette AutoZone einschlug. Als Demonstranten ihn an seinem Zerstörungswerk hindern bzw. seine Identität feststellen wollten, verließ der großgebaute Mann, der sich extrem selbstbewußt wie ein kampferfahrener Angehöriger der Spezialstreitkräfte oder Mitarbeiter eines privaten Sicherheitsdiensts à la Black Water benahm, ganz seelenruhig und wortlos den Ort über einen nahegelegenen, weitläufigen Parkplatz.

Auch wenn es Bürgerrechtsorganisationen, Lokalpolitikern und örtlicher Polizei in einer Reihe von Städten wie Newark, New Jersey und Flint, Michigan, durch Vereinbarungen und gegenseitige Rücksichtnahme gelungen ist, die Protestaktionen friedlich ablaufen zu lassen, sieht es in den meisten Metropolen der USA ganz anders aus. Zahlreiche übermäßige Gewaltanwendungen seitens der Polizei nicht nur gegen

Demonstranten, sondern auch gegen Journalisten werden gemeldet. Im New Yorker Stadtteil Brooklyn sind Polizisten mit zwei Geländewagen in den Protestzug hineingefahren. Dafür setzte es Kritik seitens des demokratischen Gouverneurs Andrew Cuomo. Aus New York und Tennessee kursieren Fotos von schwer bewaffneten Polizisten, die das Taucherzeichen für "OK" statt nach oben nach unten zeigen und sich damit offen als Anhänger der rechtsradikalen, trumpnahen QAnon-Verschönerungsbrigade - vergleichbar dem Prepper-Netzwerk Hannibal in Deutschland - zu erkennen geben.

In seiner Rede, die er unmittelbar vor dem Gang zur St. John's Church im Rosengarten des Wei-

ßen Hauses hielt, hat Trump von den demokratischen Gouverneuren und Bürgermeistern an der Ostküste sowie an den Großen Seen mehr Härte gegen die "Anarchisten" in ihren Städten verlangt und mit der Entsendung regulärer Kampftruppen gedroht, falls sie seinem Rat nicht folgten. Damit verschärft sich der Konflikt zwischen dem sich immer autoritärer gebenden Trump und der demokratischen Opposition im Lande erheblich. Bei der Rede hat Trump sich selbst zum "Präsidenten für Law and Order" hochstilisiert und erneut versprochen, das Recht auf Waffenbesitz zu verteidigen. Das war ein ganz klares Signal an die eigene Anhängerschaft, die sich zum Teil "Boogaloo Bois" nennt, sich mit ihren Pistolen und Gewehren den dem

Weißes Haus hörigen Elementen bei Polizei und Streitkräften anzuschließen. Am Tag darauf wurden aus Philadelphia erste bewaffnete Überfälle weißer Lynch Mobs auf Demonstranten gemeldet. Angesichts der aktuellen Entwicklung geben die Worte Joe Lockharts, des ehemaligen Pressesprechers Bill Clintons, der bei CNN am 2. Juni sagte, er habe die Unruhen nach der Ermordung von Robert Kennedy und Dr. Martin Luther King jun. 1968 sowie wegen des Vietnamkriegs erlebt, doch in seinem ganzen Leben noch nie so viel Angst um die Zukunft seines Landes gehabt wie heute, sehr zu denken.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/usa1426.html>

POLITIK / KOMMENTAR / KRIEG

Bundeswehr - neokoloniale Afrikapräsenz ...

4.000 Kilometer trennen Mali und den Sahel von Deutschland. Das reicht schon, dass einige der Auffassung sind, zu glauben, dass wir damit nichts zu tun hätten. (...) Was dort passiert, das gefährdet nicht nur die Stabilität unserer südlichen Nachbarschaft, sondern das wirkt als Brandbeschleuniger für die Ausbreitung von Terrorismus, organisierter Kriminalität und illegaler Migration bis nach Europa. (...) Dass Mali inzwischen der zweitgrößte Einsatzort der Bundeswehr im Ausland ist, ist auch Ausdruck unserer Sorge dar-

über, und zwar einer nach wie vor berechtigten Sorge.

Außenminister Heiko Maas [1]

(SB) 3. Juni 2020 - Wer sich der Schätze des Schwarzen Kontinents bemächtigen will, muß neben Pulver, Blei und Glasperlen auch die weißhäutige Selbstevidenz menschheitsgeschichtlichen Entwicklungsvorsprungs und Führungsanspruchs im Marschgepäck haben. Daran hat sich seit Kolonialzeiten im Prinzip nichts geändert, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, daß diese fließend in aggressiv imperialistische

Expansion überführt worden sind und so gesehen nie geendet haben. Allerdings ist die Gemengelage der afrikanischen Raubzüge weitaus verworrener geworden, wie auch die verheerenden Folgen der Klimakatastrophe und unablässige Kriege den Kontinent in ein globales Pulverfaß zu verwandeln drohen.

Die Stiefel deutscher Soldaten hinterließen schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts tiefe Abdrücke auf dem Kontinent, als die Kolonialherren im damaligen Deutsch-Südwestafrika zwischen 1904

und 1908 Schätzungen zufolge 75.000 Angehörige der Volksgruppen Herero und Nama töteten. Diese Kolonialgeschichte wird allenfalls als historischer Fehltritt beklagt, jedoch keinesfalls als eine Voraussetzung des Aufstiegs der Bundesrepublik zur europäischen Großmacht gewertet. Einen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen, wozu in der deutschen Geschichte reichlich Anlaß bestand, schließt eine materielle Entschädigung aller Opfer aus, die nicht über die Mittel verfügen, diese wirksam einzufordern. Die Bundesrepublik ist nicht der NS-Staat, ist nicht die Weimarer Republik und schon gar nicht das Kaiserreich. Was wir heute sind und haben, darf niemand mit früheren Raubzügen in Verbindung bringen, am allerwenigsten aber mit der heutigen Afrikapolitik.

Daß Afrika eine europäische und nicht zuletzt deutsche hegemonialpolitische Einflußzone sei, wird seit Jahren in strategischen Entwürfen der NATO, der Europäischen Union und der hiesigen Denkfabriken konzipiert und präzisiert. Längst greift der Vormachtanspruch der Bundesrepublik auch in südlicher Richtung tief in die Eingeweide des benachbarten Kontinents, gehen offensive Flüchtlingsabwehr und militärische Präsenz mit ökonomischen Interessen Hand in Hand. Im April 2014 verabschiedete die schwarz-rote Koalition die "Afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung". Darin ist von Potentialen Afrikas wie einem Zukunftsmarkt mit hohem Wachstum, reichen Ressourcen, landwirtschaftlicher Produktion und Ernährungssicherung die Rede, die für die deutsche Wirt-

schaft zunehmend interessanter würden. Aus diesen Gründen gelte es, das politische, sicherheitspolitische und entwicklungspolitische Engagement Deutschlands in Afrika gezielt zu stärken sowie entschieden und substantiell zu handeln, wozu auch militärische Interventionen gehörten. So ist die Bundeswehr derzeit im Mittelmeer, am Horn von Afrika, in der Sahelzone, in Zentralafrika, im Sudan und Südsudan, in Somalia und insbesondere mit der neben Afghanistan größten Mission in Mali präsent.

Bundeskanzlerin Angela Merkel, die ihren Fuß bis dahin nicht auf afrikanischen Boden gesetzt hatte, reiste 2016 nach Mali, Niger und Äthiopien, worauf sie 2017 Ägypten und den EU-Afrika-Gipfel in der Elfenbeinküste besuchte. Die deutsche G20-Präsidentschaft 2017 stand im Zeichen der Wirtschaft und brachte mit elf Ländern Afrikas die Initiative "Compact with Africa" auf den Weg, bei der es vor allem um Rechtssicherheit für private Investitionen geht. Entwicklungshilfe war gestern, heute steht die Unterstützung deutscher Investoren auf der Agenda, so das Credo der Bundesregierung. Diese hat natürlich nicht vor, den europäischen Handelskrieg gegen die afrikanischen Länder zu beenden, ihre Rohstoffe nicht länger auszulündern und die militärische Intervention auszusetzen. Wenn gleich sie wirtschaftliche Zusammenarbeit und eine "Partnerschaft auf Augenhöhe" im Munde führt, setzt sie ihren Partnern in einer Mischung aus Bestechung und Erpressung die Pistole auf die Brust. Sie stellt Unterstützung in Aussicht, sofern im Gegenzug die Migration bekämpft und die

Rücknahme abgelehnter Asylbewerber verbessert wird.

Nicht thematisiert werden die Fluchtursachen, welche die Afrikapolitik der Europäischen Union und der Bundesrepublik zu verantworten hat. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die Freihandelsabkommen namens EPAs (Economic Partnership Agreements) zu nennen, die festlegen, daß die afrikanischen Länder ihre Märkte bis zu 83 Prozent für europäische Importe öffnen und dazu schrittweise Zölle und Gebühren abschaffen müssen. Im Gegenzug wird ihnen weiterhin zollfreier Zugang zum europäischen Markt gewährt, den sie zum großen Teil ohnehin schon hatten. Weil viele afrikanische Regierungen das Abkommen nicht unterzeichnen wollten, verhängte die EU zum 1. Oktober 2014 Einfuhrzölle auf mehrere Produkte aus Afrika. Auf diese Weise erpreßt, haben die meisten noch zögernden Länder unterschrieben.

Da die afrikanischen Staaten mit einer Wirtschaft wie der deutschen nicht konkurrieren können, gefährden Freihandel und EU-Importe bestehende Industrien und führen dazu, daß zukünftige gar nicht erst entstehen. Die EPAs verwandeln die einheimischen Märkte in Müllhalden für europäische Produkte und etablieren deren Diktat. Zudem stehen europäische Unterhändler und Spekulanten Gewehr bei Fuß, um sich der Rohstoffe wie Erdöl, Metalle, Holz oder Kakao zu bemächtigen. Vor dem Hintergrund angeblicher Bestrebungen Europas und Deutschlands, Fluchtursachen in den Herkunftsländern zu bekämpfen und wirtschaftliche Perspektiven vor Ort zu schaffen,

sind diese Freihandelsabkommen absolut kontraproduktiv.

In den kommenden Jahren wird ein enormer Bevölkerungszuwachs auf dem afrikanischen Kontinent erwartet, wo Prognosen zufolge im Jahr 2050 bis zu 2,6 Milliarden Menschen leben werden. Zugleich sind dort die gravierendsten Auswirkungen der Klimakatastrophe zu befürchten. Die unter deutscher Führung entworfene Flüchtlingsabwehr der EU sieht eine Vorverlagerung des Abwehrregimes in die Herkunfts- und Transitländer vor. Durch eine Mixtur aus Druckmitteln, Geschenken an die einheimischen Eliten und einem großen Ballon leerer Versprechen, garniert mit militärischer Präsenz, Ausrüstung und Ausbildung, soll das Prinzip der sogenannten Eigenverantwortung und Selbsthilfe umgesetzt werden.

In Afrika herrschte eine weitgehende Reisefreiheit, die allermeisten Flüchtlinge wurden von den Nachbarstaaten aufgenommen, und nur ein Bruchteil kam überhaupt nach Europa. Das lukrative Geschäft der Schlepper verdankt sich in erster Linie der Illegalisierung von Flüchtlingen. Die Europäer fordern, daß die afrikanischen Staaten ihren interstaatlichen Personenverkehr stärker reglementieren, um Migranten gar nicht erst an die nordafrikanische Küste gelangen zu lassen. Werden die Bewegungsmöglichkeiten weiträumig unterbunden, kommt es im Falle von Dürren oder Überschwemmungen und in der Folge von Hungersnöten zu extremen Belastungen der betroffenen Länder, die angesichts fehlender Ventilfunktionen durch Migration dramatischer als je zuvor verlaufen.

Schwerpunkte des militärischen und polizeilichen Übergriffs der Bundesrepublik auf den benachbarten Kontinent sind die nordafrikanischen Anrainerstaaten des Mittelmeers, das Horn von Afrika und die Sahelzone. Die deutsche Marine beteiligt sich mit einem Seeaufklärer und einem Kriegsschiff an der EU-Mission "Irimi" im östlichen Mittelmeer, die Waffenlieferungen nach Libyen unterbinden soll. Um Flüchtlinge abzuwehren und Bewegungen von Milizen einzudämmen, stattet die EU die Staaten Nordafrikas seit Jahren mit millionenschweren Ausrüstungs- und Ausbildungsprogrammen aus, um deren Grenzkontrollen zu Land und zur See zu verstärken. Die Bundesregierung hat mit der Libyenkonferenz ihren Fuß in die Tür zu diesem Kriegsschauplatz gesetzt und unterstützt neben der seit langem hochgerüsteten libyschen Küstenwache auch Tunesien, das ebenfalls zum Vorhof der Festung Europa ausgebaut wird.

Berlins polizeiliches und grenzkontrollpolitisches Engagement in dem Land zielt darauf ab, "Terrorismus" zu bekämpfen und "irreguläre" Migration zu unterbinden. So sollen die Landgrenzen zu den Nachbarstaaten Libyen und Algerien abgeschottet werden, um sie undurchlässiger für bewaffnete Gruppen und vor Krieg und Elend fliehende Menschen zu machen. Dafür werden Radargeräte, Kameras und Fahrzeuge geliefert wie auch Ausbildungsmaßnahmen der Polizeibehörden durchgeführt. Berlin förderte 2019 ein Grenzkontrollprojekt mit 1,5 Millionen Euro, das Einsatzleitstellen der Grenzpolizei und ein Schulungszentrum umfaßt. Besonderes Augenmerk gilt

der Kontrolle und Überwachung der Seegrenzen, wofür unter anderem ein Schwimmpier, ein Portalkran und weitere Ausrüstung für die Küstenwache geliefert wurden. Allein im vierten Quartal 2019 führte die Bundespolizei 14 Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für die tunesische Nationalgarde, Grenzpolizei und Küstenwache durch. Das Bundeskriminalamt war mit zwei Lehrgängen in Tunesien präsent. [2] Zudem ist Deutschland an der Entwicklung und Erprobung des Meeresüberwachungssystems (ISMariS) der EU beteiligt, mit dessen Hilfe künftig die von der tunesischen Küstenwache gesammelten Daten zusammengeführt werden sollen. Diese großräumige Überwachung des Seegebiets in Echtzeit soll insbesondere dazu dienen, Flüchtlingsboote aufzuspüren. [3]

Der Bundestag hat eine weitere Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Marineoperation "Atalanta" vor der Küste Somalias gebilligt. Aufgabe der bis zu 400 Soldaten der Bundeswehr ist nach offizieller Lesart die Verhinderung und Abschreckung von Piraterie am Horn von Afrika sowie die Absicherung von Hilfsmaßnahmen des Welternährungsprogramms und der Afrikanischen Union. Die Marinetruppen verteidigen hegemoniale Interessen in einer Region, die durch westliche Überfischung, einseitige Handelsabkommen und jahrzehntelange Bürgerkriege eine beispiellose soziale Verwüstung erlitten hat. Tatsächlich sind die Übergriffe auf transnationale Trawler in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen. Der illegale Fischfang ausländischer Flot-

ten habe im Windschatten der europäischen Kriegsschiffe hingegen weiter zugenommen, berichten UN-nahe Quellen. Deutschland will innerhalb der EU die Rolle des "Koordinators" der Marinemission übernehmen und schlägt zudem die Ausrichtung einer Sudan-Konferenz unter seiner Schirmherrschaft vor, um auch dort an maßgeblicher Stelle Weichen zu eigenen Gunsten zu stellen. [4]

Ebenfalls mit großer Mehrheit hat der Bundestag eine Eskalation des deutschen Militäreinsatzes in der westafrikanischen Sahelregion beschlossen. Die Stationierung von 1100 Bundeswehrsoldaten in Mali unter dem Dach der MINUSMA-Mission der Vereinten Nationen wurde verlängert, gleichzeitig wird die Ausbildung afrikanischer Stellvertretertruppen ausgeweitet. Entsprechend dem vom Europäischen Rat geschaffenen Mandat wird das seit sieben Jahren andauernde EU-Programm EUTM bis Mai 2024 verlängert und auf die Streitkräfte in Burkina Faso, Mauretanien, Niger und dem Tschad erweitert.

In Mali wurde mittels der Ausbildungsmission EUTM bislang ein Heer von 20.000 Regierungssoldaten aufgestellt. Das neue Mandat sieht insbesondere vor, daß deutsche Ausbilder diese Truppe sogar in den Einsatz begleiten, dort aber wie bislang nicht selbst intervenieren dürfen. Auf diese Weise rückt eine unmittelbare Beteiligung an Kampfhandlungen näher, was wiederum dem Ruf nach bewaffneten Drohnen Vorschub leisten würde. Auch wurde die EUTM-Mission von Koulikoro in Südmali direkt ins Kriegsgebiet im Landesinneren verlegt, wo

die schwersten Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Milizen toben.

Die Operation MINUSMA umfaßt bis zu 15.200 ausländische Soldaten und Polizisten, welche die Verhältnisse im Land stabilisieren sollen. Zudem betreiben im Rahmen von Barkhane, der Nachfolge mission von Serval, 3000 französische Soldaten "Aufstandsbekämpfung", hinzu kommen Spezialkräfte und Söldner der Fremdenlegion. Dabei geht es neben dem Zugriff auf Bodenschätze wie Gold und Uran insbesondere darum, die Migration einzudämmen. Im Niger unterhält die Bundeswehr einen Militärstützpunkt, der als Drehscheibe für alle deutschen Militäroperationen in der Sahelregion fungiert. Elitesoldaten des Kommandos Spezialkräfte der Marine (KSM) bilden seit einem halben Jahr Sondereinheiten des nigrischen Militärs aus. Die geheime "Operation Gazelle" fand bislang ohne Bundestagsmandat statt, wurde nun aber mit der Verlängerung von EUTM offiziell eingebunden.

Die Bundesrepublik arbeitet dabei mit Regimen zusammen, die oftmals gewaltsam gegen die eigene Bevölkerung vorgehen. Die regionalen Sicherheitskräfte seien ein Teil des Problems, doch ohne sie gehe es nicht, heißt es dazu in einem Strategiepapier der Stiftung Wissenschaft und Politik. Die Ausweitung der deutschen Präsenz auf die gesamte Sahelzone soll einen vorgelagerten Kordon etablieren, der Flüchtlingen weit im Vorfeld Europas und selbst des Mittelmeers den Weg versperrt. Fliehende Menschen sind auf Wasserstellen angewie-

sen, die jedoch vom nigrischen Militär blockiert werden. In der Wüste kommen mindestens doppelt so viele Flüchtlinge ums Leben wie im Mittelmeer. Der Internationalen Organisation für Migration zufolge sind zwischen 2014 und 2018 mehr als 30.000 Menschen in der Sahara "verschwunden". Im Dienste europäischer Flüchtlingsabwehr schaffen die Sahelstaaten einen gigantischen Todesstreifen quer durch den afrikanischen Kontinent. Vielleicht war es das, was der stellvertretende Unionsfraktionsvorsitzende Johann Wadephul mit folgender Aussage meinte: "Die Lage im Sahel ist kritisch. Sie ist sogar sehr kritisch. (...) Heute ist der Sahel der drängendste Krisenpunkt. Wir müssen etwas tun, und wir müssen es richtig tun." [5]

Anmerkungen:

[1] www.imi-online.de/2020/05/27/kontroverse-um-deutsches-mali-engagement/

[2] www.jungewelt.de/artikel/379468.brd-und-tunesien-see-grenze-im-visier.html

[3] www.jungewelt.de/artikel/378362.eu-und-tunesien-grenze-vorposten-tunesien.html

[4] www.wsws.org/de/artikles/2020/06/01/afri-j01.html

[5] www.n-tv.de/politik/Deutschland-schickt-mehr-Soldaten-nach-Mali-article21813065.html

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/volk1789.html>

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Brasilien

Mit Fake-News gegen die Demokratie

von Niklas Franzen

Präsident Bolsonaro attackiert das Oberste Gericht und ist in eine Kampagne mit Falschinformationen verstrickt. Die Corona-Infektionen steigen rasant.

(São Paulo, 1. Juni 2020, taz) - Am Ende der Ansprache wurde Jair Bolsonaro noch einmal laut. "Es reicht, verdammte Scheiße", brüllte der Präsident Brasiliens am 28. Mai und erntete bei seinen Unterstützer*innen Beifall, die sich wie jeden Tag vor dem Präsidentenpalast versammelt hatten. Am vergangenen Mittwoch hatte die Bundespolizei Razzien bei mehreren prominenten Verbündeten Bolsonaros durchgeführt, darunter Politiker*innen, Journalist*innen und Unternehmer*innen.

Der Vorwurf: Sie sollen hinter Fake-News-Kampagnen stehen. Angeordnet hatte die Durchsuchungen Alexandre de Moraes, Richter am obersten Gerichtshof. Bolsonaro drohte daraufhin unverhohlen, er werde keine "absurden Befehle" mehr befolgen, und so ein Tag werde sich nicht wiederholen. Es war der Höhepunkt eines Konfliktes, der sich in den letzten Wochen immer mehr zugespitzt hatte.

Gegen das sogenannte Kabinett des Hasses wird schon länger ermittelt. Über die sozialen Medien soll die Gruppe - finanziert durch reiche Unternehmer*innen - systematisch Fake News und Hetze gegen die demokratischen Institutionen in Brasilien verbreiten. Anführen soll sie Präsidentenspross Carlos Bolsonaro.

"Der Regierungsapparat wird dazu genutzt, das Internet mit Falschmeldungen und Gewaltaufrufen zu fluten", sagt die Soziologin und Professorin der Bundesuniversität von São Paulo, Esther Solano, der taz. "Das ist antidemokratisch und kriminell."

Ermittlungen gegen Bolsonaro

Besonders geschmacklos reagierte Bildungsminister Abraham Weintraub, der die Razzien mit der Reichspogromnacht verglich. Jüdische Organisationen aus der ganzen Welt reagierten empört. Jener Weintraub steht selbst wegen antidemokratischer Aussagen im Fokus der Ermittler*innen. Während einer Kabinettsitzung polterte er, die "Penner" des obersten Gerichts-

hofes müsse man ins Gefängnis werfen. Bei der darauf vom Gericht angeordneten Vernehmung war er schließlich nicht mehr so gesprächig und schwieg.

Bolsonaro bezeichnete das Kabinett des Hasses als "Erfindung". Allerdings: Journalist*innen berechneten, dass nach den Razzien die Social-Media-Aktivitäten für den Präsidenten um 40 Prozent zurückgingen. Laut Richter Moraes könnte die Gruppe sogar wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung angeklagt werden.

Der oberste Gerichtshof hatte zuletzt zahlreiche Dekrete des Präsidenten geblockt, sowie die Nominierung eines Vertrauten Bolsonaros zum Chef der Bundespolizei.

Vor zwei Wochen gab ein Richter das Video einer Kabinettsitzung im April frei [1], das beweisen soll, dass Bolsonaro aus politischen Gründen Einfluss auf die Bundespolizei nehmen wollte. Der Präsident des obersten Gerichtshofes leitete Ermittlungen gegen Bolsonaro ein [2] und verglich am Sonntag die aktuelle Situation in Brasilien sogar mit Nazi-Deutschland.

Auslöser für den Vergleich waren offene Drohungen aus dem Regierungslager gegen die demokratischen Institutionen des Landes. Präsident Bolsonaro ließ sich am Sonntag erneut auf einem Protest in der Hauptstadt Brasília blicken, wo unter anderem für eine Schließung des obersten Gerichtshofes demonstriert wurde. Augusto Heleno, Minister für institutionelle Sicherheit, drohte mit "unvorhersehbaren Konsequenzen", sollte das Handy des Präsidenten beschlagnahmt werden. Manche in Brasilien fürchten einen Militärputsch - auch wenn Heleno das dementierte.

Amtsenthobungsverfahren unwahrscheinlich

Die Soziologin Solano hält einen "klassischen Militärputsch" allerdings für unwahrscheinlich. "Aber es ist möglich, dass Bolsonaro die politische Instabilität und die Pandemie ausnutzt, um die Militarisierung voranzutreiben und eine vermeintliche Ordnung durch Gewalt wiederherzustellen."

Am Sonntag stellten sich in São Paulo Hunderte Fußballfans einem Protest von Bolsonaro-Anhänger*innen entgegen. Die Proteste gipfelten in Straßenschlachten mit der Polizei. Es waren die ersten Demonstrationen gegen die Regierung seit Langem in Brasilien.

Ein Großteil der Bevölkerung sieht die antidemokratischen Drohungen aus dem Regierungslager kritisch. Doch die aktuellen Konflikte bestätigen das Narrativ vieler Bolsonaro-Fans.

Die Justiz, der Kongress und die Medien [3] hätten sich gegen den Präsidenten verschworen, heißt es.

Durch seine stabile und überaus aktive Basis ist ein Amtsenthebungsverfahren gegen Bolsonaro - trotz zahlreicher Straftaten - unwahrscheinlich. Da das Kabinett des Hasses bereits im Wahlkampf systematisch Falschmeldungen verbreitete, prüft ein Wahlgericht die Möglichkeit, die Wahl von 2018 zu annullieren. Doch auch dies halten Expert*innen für unwahrscheinlich.

So steuert Brasilien auf eine gefährliche Pattsituation und eine schwere institutionelle Krise zu - zum denkbar schlechtesten Zeitpunkt. Die Zahl an Corona-Infektionen klettert weiter dramatisch in die Höhe, das Land verzeichnet mittlerweile die zweitmeisten Infizierten weltweit. Zwei Gesundheitsminister [4] mussten bereits während der Pandemie zurücktreten. Der Interimsminister ist ein General und hat neun weitere Militärs eingestellt. Was sie verbindet: Niemand hat Erfahrung im Gesundheitsbereich.

Anmerkungen:

[1] <https://www.youtube.com/watch?v=nfgv7DLdCqA>

[2] <https://taz.de/!5687602/>

[3] <https://taz.de/!5681225/>

[4] <https://taz.de/!5683829/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/tagespolitik/mit-fake-news-gegen-die-demokratie/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international. <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1979.html>

Kooperationspartner



pressenza
INTERNATIONAL PRESS AGENCY

Kooperationspartner
von Schattenblick

Pressenza

E-Mail: redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de



poonal - Pressedienst
lateinamerikanischer
Nachrichtenagenturen
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

SCHACH UND SPIELE / SCHACH / SCHACH-SPHINX

Fatal fehlgegriffen

(SB) - Im heutigen Rätsel der Sphinx hatte Gerusel in seiner Partie gegen den Hamburger Kunstowicz aus einer Benoni-Verteidigung einen Wall gegen die weiße Königsflügelattacke aufgebaut und konnte sogar nach Abtausch eines Turmpaares mit 24...Ld7xa4 einen Bauern gewinnen. Kunstowicz's Esatz dafür war allenfalls fragwürdig. Um weiterhin im trüben zu fischen, zog er daher den listigen Zug 25.Lg2-h3, eigentlich ein Trojanisches Pferd, mußte er doch auf die Ahnungslosigkeit seines Gegners spekulieren. Nun, die Folge gab ihm Recht, denn geblendet von der Möglichkeit, die Damen zu einer weiteren Vereinfachung zu tauschen, erwiderte Gerusel 25...Df8-g7??, womit er seine

Partie mit einemmal aus dem Fenster warf. An dich die Frage, Wanderer: Auf welche Weise wurde dieser fatale Fehlzug bestraft und wie hätte Gerusel, im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte, seinen Hals aus der Schlinge ziehen können?



Kunstowicz - Gerusel
Bad Neuenahr 1980

*Auflösung des letzten
Sphinx-Rätsels:*

Die Mauern um den schwarzen König schützten ihn nicht wirklich, denn der Turmzug 1.Tb6-h6!! trieb den ersten Riß hinein. Die tödliche Drohung lautete 2.Th6xh7+ Kh8xh7 3.De5-h5# Also spielte Lichtenegger 1...Ta8-a6, worauf 2.Td4-d6 Ta6xd6 3.De5xd6 g7xh6 4.Dd6-f6# folgte. Lichtenegger hatte das rasche Matt einem trostlosen Siechtum vorgezogen. Geholfen hätte unterdessen auch 3...Tf8-e8 nicht wegen des Springerüberfalls 4.Sf3-g5!

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph07290.html>

Täglich eine neue Schach-Sphinx unter:

http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip_schach_schach_schach-sphinx.shtml

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ... Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ... Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...*

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

- 1 POLITIK - REDAKTION: Washington - Unruhen provoziert und befördert ...
- 3 POLITIK - KOMMENTAR: Bundeswehr - neokoloniale Afrikapräsenz ...
- 7 POLITIK - AUSLAND: Brasilien - Mit Fake-News gegen die Demokratie (poonal)
- 8 SCHACH-SPHINX: Fatal fehlgegriffen
- 10 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 04. Juni 2020

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 4. Juni 2020

Vorhersage für den 04.06.2020 bis zum 05.06.2020



Aus dem Westen kommt der Wind
mäßig stark geblasen,
Falken in den Lüften sind
auf der Jagd nach Hasen.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.